

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Bern, 5. Februar 2026 / HG
VL Haager

Elektronischer Versand: jpr@bj.admin.ch

**Genehmigung und Umsetzung des Haager Unterhaltsübereinkommens und -
protokolls von 2007 und Bundesgesetz zur Verbesserung der nationalen
Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Schweiz ist heute mehr denn je international vernetzt; dies gilt auch für Familienstrukturen. Die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen über Landesgrenzen hinweg ist jedoch oft langwierig, kostspielig und für die Betroffenen frustrierend. Wir befürworten den Beitritt zum Haager Unterhaltsübereinkommen und dem Protokoll von 2007. Dies stellt sicher, dass die Schweiz Teil eines modernen, globalen Systems zur Unterhaltssicherung wird. Die Vereinfachung der Anerkennung und Vollstreckung schützt direkt die schwächsten Glieder der Gesellschaft – in der Regel Kinder –, indem sie den Zugang zu ihnen zustehenden Mitteln beschleunigt.

In Übereinstimmung mit kantonalen Erfahrungen (siehe etwa Stellungnahme des Kantons Zug) erachten wir die Bündelung der Kompetenzen in zentralen kantonalen Fachstellen als den effizientesten Weg. Da internationale Fälle oft komplexe juristische Fragen aufwerfen, ist eine Konzentration des Wissens zwingend erforderlich. Dezentrale Lösungen würden hier zu Ineffizienzen und Qualitätsverlusten führen. Die Vorlage lässt den Kantonen genügend Spielraum, die Fachstellen in ihre bestehenden Strukturen zu integrieren, was wir als föderalistisch sinnvoll erachten.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident

Die Co-Präsidentin

Der Generalsekretär



Benjamin Mühleemann
Ständerat



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin



Jonas Projer